

DGB Nord | Besenbinderhof 60 | 20097 Hamburg

Wirtschaftsausschuss
des Landtages Schleswig-Holstein

Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 18/3557

Stellungnahme des DGB zum Antrag „Industriepolitisches Konzept des Landes erarbeiten“ - Antrag der Fraktion der FDP im schleswig-holsteinischen Landtag (Drucksache 18/1964) 4. November 2014

Sehr geehrter Herr Vogt,

sehr geehrte Damen und Herren,

der Wirtschaftsausschuss des Landtages von Schleswig-Holstein hat den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) zu einer Stellungnahme zum Antrag der FDP-Fraktion „Industriepolitisches Konzept des Landes erarbeiten“ (Drucksache 18/1964) aufgefordert. Dieser Aufforderung kommt der DGB hiermit gerne nach.

Bereits in der Landtagsdebatte zum Antrag am 10.07.2014 wurde auf einige wesentliche Punkte für ein norddeutsches Konzept hingewiesen:

- die Besonderheiten der schleswig-holsteinischen Industriestruktur und den fortschreitenden Strukturwandel,
- auf das deutsche korporatistische Modell mit starken Tarifpartnern,
- die Bedeutung der Rahmenbedingungen (wie Bildung sowie Verkehrs- und Energieinfrastruktur),
- die Bedeutung einer sozial und ökologisch nachhaltigen Industrieproduktion, welche verstärkt Energie- und Materialeffizienz in den Blick nimmt,
- die Notwendigkeit der Kooperation mit angrenzenden Wirtschaftsräumen,
- Finanzierungsfragen.

Das alles sind Ansatzpunkte, welche in ein industriepolitisches Konzept Eingang finden müssen. Der DGB begrüßt das Ansinnen des Antrages ein industriepolitisches Konzept gemeinsam mit Kommunen, den Sozialpartnern sowie den Hochschulen zu erarbeiten. Ein solches Konzept darf –wie teilweise in der Landtagsdebatte bereits angedeutet- allerdings nicht an den Landesgrenzen enden. Gerade ein industriepolitisches Konzept muss den gesamten norddeutschen Wirtschaftsraum in den Blick nehmen und erfordert daher auch eine Abstimmung mit entsprechenden Partnern aus den angrenzenden Bundesländern. Anders sind aus unserer Sicht weder die industriepolitischen Herausforderungen, wie sie z.B. mit

Uwe Polkaehn
Vorsitzender
DGB Bezirk Nord

uwe.polkaehn@dgb.de

Telefon: 0402858202
Telefax: 0402858235

UP/KK

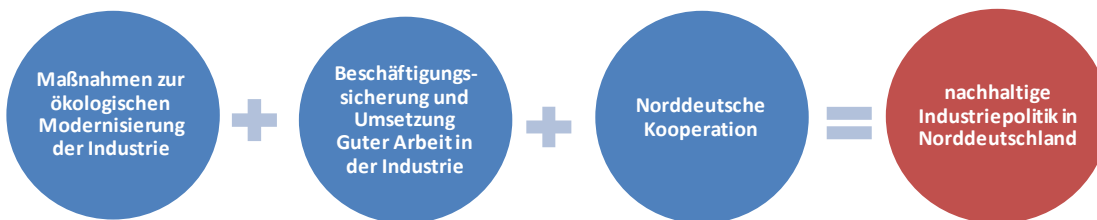
Besenbinderhof 60
20097 Hamburg

nord.dgb.de

der Energiewende einhergehen, zu meistern, noch sind die notwendigen Rahmenbedingungen für eine erfolgreiche Industriepolitik herzustellen. Dies bezieht sich sowohl auf alle Verkehrsnetze (Schiene, Straße, Wasserwege) als auch die Energienetze, wie z.B. Strom- und Wärmenetze.

Eine norddeutsche nachhaltige Industriepolitik muss unseres Erachtens aus drei Elementen bestehen. Erstens die Notwendigkeit einer starken Betonung ökologischer und sozialer Ziele und Bedingungen als inhaltliche Ausrichtung einer nachhaltigen Industriepolitik. Zweitens und daran anknüpfend die Verwirklichung von guten Arbeitsbedingungen und Entlohnungsstrukturen in der Industrie. Und drittens eine verbesserte Kooperation der beteiligten Bundesländer. Es muss damit verhindert werden, dass Maßnahmen einer sozialen und ökologisch nachhaltig ausgerichteten Industriepolitik konterkariert werden können durch Konkurrenzen einzelner Standorte oder eine fehlende Zusammenarbeit der norddeutschen Bundesländer, die zu wenig sinnvollen Parallelentwicklungen in Norddeutschland führt.

Bausteine einer nachhaltigen Industriepolitik für Norddeutschland



Zu den drei Elementen:

1. Unterstützung der nachhaltigen Modernisierung der Industrie

Unsere Analysen zeigen, dass das Ziel einer ökologischen Modernisierung in unterschiedlichem Umfang in vielen Unternehmen der untersuchten Branchen angekommen ist. Nachhaltigkeit in der Produktion ist zwar kein Randthema mehr, dennoch sind Zielkonflikte und Bewertungsprobleme zwischen wirtschaftlichen und ökologischen Interessen damit nicht aufgehoben. Die norddeutschen Bundesländer können hier an vielen Stellen entscheidende Impulsgeber für eine gelingende Umsetzung sein. Teilweise durch direkte Förderung oder Anschubfinanzierung von einzelnen Vorhaben, teilweise in ihrer Rolle als Investor in öffentlichen Unternehmen und teilweise durch die Gestaltung der Rahmenbedingungen, um die ökologisch nachhaltige Modernisierung der Industrie weiter zu fördern und von den Unternehmen einzufordern.

2. Beschäftigungssicherung und Umsetzung Guter Arbeit in der Industrie

Die Tarifbindung ist in einigen Branchen teilweise zu schwach, die Zahl prekärer Arbeitsverhältnisse deutlich zu hoch (Ernährungsindustrie, Windenergiebranche). Solche Arbeitsbedingungen bieten zu wenig innovative Potentiale. Fachkräfte werden zukünftig so weder gewonnen noch gehalten werden. Wir brauchen eine stärkere Koppelung von Kriterien Guter

Arbeit mit Maßnahmen der Wirtschafts- und Industrieförderung. Darüber hinaus erscheint die Erarbeitung einer gemeinsamen Fachkräftestrategie bzw. in einem ersten Schritt die Abstimmung und Koordinierung der einzelnen Fachkräftekonzepte der fünf norddeutschen Bundesländer sinnvoll.

3. Mehr norddeutsche Kooperation

Unsere Untersuchungen zeigen, die Profile der industriepolitischen Strategien in den einzelnen Bundesländern sind in Anlage, Ausrichtung und den definierten Themenfelder weitgehend kompatibel und stehen einer stärkeren Kooperation zumindest konzeptionell nicht im Wege. Diese Übereinstimmung zeigt sich auch bei einzelnen Instrumenten und Politikgehalten.

- In allen fünf Bundesländern sind Clusterinitiativen etabliert worden, um regionale Potenziale zu unterstützen und branchenübergreifende Synergien und Transferaktivitäten zu fördern. Einige der Clusterinitiativen überschneiden sich regional bzw. in ihrer inhaltlichen Ausrichtung.
- Eine stärkere Berücksichtigung von Umweltauforderungen in der Wirtschaftspolitik (Förder- und Beratungsprogramme für Ressourceneffizienz) und auch sozialen Gesichtspunkten (Kriterien Gute Arbeit und Mindestlohn in der Vergabe von Fördermitteln) ist in allen fünf Bundesländern zu sehen.
- Das Thema des zukünftigen Fachkräfteangebots hat in allen Ländern zu Fachkräfteprogrammen bzw. Initiativen geführt.
- Das Potenzial der Märkte für die Windenergieindustrie wird gemeinsam als hoch bewertet.
- In wichtigen Verkehrs- und Infrastrukturthemen wird der Bedarf engerer Abstimmung gesehen (Häfen, vor allem beim Offshore-Ausbau, Straßenbau, Schienennetz, Energieversorgung etc.).

Eine enge Zusammenarbeit in der Industriepolitik liegt in einem geographisch eng verbundenen Wirtschaftsraum auf der Hand. Eine stärker abgestimmte und kooperative Strategie ist finanziell effizienter und wirkungsvoller angesichts gemeinsamer Herausforderungen in der Bewältigung des Strukturwandels und der Sicherung von bestehenden industriellen Potenzialen. Im Grundsatz sind Strukturen und Institutionen für eine stärkere Abstimmung und Koordinierung schon in Ansätzen vorhanden. Notwendig bleibt jedoch die Formulierung gemeinsamer industriepolitischer Ziele, der gezielte Ausbau der politischen Kooperation und daran anknüpfend die Umsetzung in verbindliche Arbeitsstrukturen.

Ziel muss es sein, die Konkurrenzen der norddeutschen Bundesländer zugunsten gemeinsamer Entwicklungsperspektiven aufzuheben und damit auch die eigenen Positionen nach „außen“ deutlich zu verbessern.

Dabei müssen u.E. folgende Punkte Handlungsfelder und Themen einer verstärkten Zusammenarbeit sein:

- Gemeinsame Finanzierung von industriepolitischen Fördermaßnahmen (wie am Beispiel der Anstrengungen zur Entwicklung der Wasserstoffwirtschaft in der Region Unterelbe).
- Schaffung gemeinsamer Projekte bei Förderung von Qualifizierung und Ausbildung.
- Unterstützung gemeinsamer Vorhaben bei Forschung und Innovationen im Sinne einer ökologisch nachhaltigen Modernisierung, z.B. die gemeinsame Förderung von Netzwerken zu branchenübergreifenden Themenfeldern.
- ▪ Zusammenarbeit bei der Sicherung der Energieversorgung für die Industrie im Kontext der Energiewende.
- Abstimmung bei Modernisierung und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur.
- Stärkere Kooperation in der Clusterförderung. Vereinbarung einer „Arbeitsteilung“ zwischen den Bundesländern, in der z.B. für einzelne Industriebereiche, Cluster und Modellvorhaben jeweils ein federführendes Land benannt wird.
- ▪ Die Entwicklung gemeinsamer Internationalisierungsstrategien, mit denen insbesondere die mittelständischen Unternehmen Norddeutschlands unterstützt werden, z.B. durch länderübergreifende Netzwerkbildung.
- Der Aufbau einer übergreifenden Plattform für Kommunikation und Koordination für den Industriestandort Norddeutschland.
- Sicherung der Qualität der Arbeit durch Vereinheitlichung der Förderleitlinien mit Kriterien Guter Arbeit.

Aufbauend auf den Stärken und Entwicklungschancen der Industrie in Norddeutschland müssen die norddeutschen Länder auch nach außen deutlich erkennbar an einer gemeinsamen Zielvorstellung einer sozial und ökologisch nachhaltigen Industrieregion Norddeutschland arbeiten. Langfristiges Ziel sollte eine Überwindung der Ländergrenzen im Bereich der Industrie- und Wirtschaftsförderung und eine Integration aller fünf Bundesländer in eine gemeinsame Industrieförderung sein.

Als erste Umsetzungsschritte für die Entwicklung einer gemeinsamen und nachhaltigen Industriepolitik in Norddeutschland werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- Erarbeitung eines Maßnahmenplans der Länder für eine „Gemeinsame Norddeutsche Industriepolitik“.
- Abstimmung eines gemeinsamen norddeutschen Fachkräftekonzeptes.

- Einrichtung einer Task Force „Förderung der Industriellen Umsetzung der Energiewende in Norddeutschland“ und Abstimmung der Hafentwicklungskonzepte, vor allem für den Bereich Offshore-Windenergie.
- Weitere (abgestimmte) Integration von Förderkriterien Guter Arbeit in die Wirtschaftsförderung.
- Unterstützung und Förderung von überbetrieblichen Branchenarbeitskreisen von Betriebsräten.
- Prüfung gemeinsamer industriepolitischer Förderinitiativen und landesübergreifender Finanzierungsstrukturen unter Kooperation der regionalen Förderbanken (IFB Hamburg, IBSH, NBank, BAB, LFI-MV).
- Die gemeinsame Förderung von Netzwerken zu branchenübergreifenden Themenfeldern (zu Innovationsförderung, Forschung und Entwicklung und ökologisch nachhaltige Modernisierung).
- Gründung eines gemeinsamen Industrieforums Norddeutschland „Zukunft mit Industrie“ unter Beteiligung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden.

Der DGB legt hiermit einen konkreten Punktekatalog für ein norddeutsches industriepolitisches Konzept vor und weist ausdrücklich darauf hin, dass ein solches Konzept auch die Chancen, welche in einer stärkeren Verzahnung von Industrie und Dienstleistungen liegen, aufzeigen und gezielt fördern muss. Denn eine starke Industrie und hochentwickelte Dienstleistungen in ihrem Zusammenwirken und in der Integration in neuen Wertschöpfungsprozessen sind Ausdruck tiefgreifender Wandlungsprozesse. Diese zunehmende Verzahnung gehört zu den prägenden Merkmalen des fortschreitenden Strukturwandels und darf in Norddeutschland nicht verschlafen werden. Die Gestaltung dieses Wandels kann nicht dem Markt allein überlassen werden, sondern ist Aufgabe eines aktiven und handlungsfähigen Staates, unter Beteiligung der Gewerkschaften und Arbeitgebern. Dazu zählt auch die Sicherstellung guter Rahmenbedingungen wie einer modernen öffentlichen Infrastruktur sowie einer durchlässigen und qualitativ hochwertigen Bildungslandschaft.

Der DGB bittet darum, seine Anmerkungen und Hinweise zu berücksichtigen und steht für eine mündliche Anhörung gern zur Verfügung.

Freundliche Grüße



Uwe Polkaehn